



## Airbus-Beschäftigte in Frankreich und Deutschland nicht gegeneinander ausspielen

**Pressemitteilung von Oskar Lafontaine, 06. Februar 2007**

**Nach den Protesten in den deutschen Airbus-Werken gehen nun auch in Frankreich die Belegschaften auf die Straße. Francis Wurtz, Vorsitzender der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament, und Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, fordern die Regierungen beider Länder in einer gemeinsamen Erklärung auf, nicht tatenlos zuzusehen, wenn die Konzernleitung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Managementfehler büßen lassen will:**

Seit Monaten lässt die Konzernleitung von EADS die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ungewissen über ihre Zukunft. Am 20. Februar soll den Betriebsräten bei Airbus endlich der Restrukturierungsplan „Power 8“ vorgestellt werden. Dieser soll die Streichung tausender Stellen, eine deutliche Kürzung von Leiharbeit, verstärkten Druck auf diejenigen, die bleiben, und eine offene Aufforderung zur Betriebsverlagerung vorsehen.

Diese Vorhaben der Unternehmensleitung kommen zu einem Zeitpunkt, in der für die nächsten zwanzig Jahre von einer erheblichen Nachfrage auszugehen ist. Einer Studie zufolge werden die Fluggesellschaften in diesem Zeitraum mehr als 1.000 Flugzeuge pro Jahr bestellen.

Wir erklären: Weder in Frankreich noch in Deutschland gibt es einen Grund, bei Airbus Arbeitsplätze abzubauen. Das Management will das eigene Versagen zum Anlass nehmen, um lange geplante Verschlechterungen für die Belegschaften durchzusetzen. Wir verurteilen scharf, dass die französische und die deutsche Regierung nicht gegen den Stellenabbau vorgehen, sondern nur darauf drängen, dass der Abbau im jeweils anderen Land erfolgt. Wir hoffen, dass die beeindruckenden Proteste der Belegschaften in beiden Ländern die Regierungen zwingen werden, Verantwortung für Airbus zu übernehmen. Die Staaten müssen unmittelbaren Einfluss auf die Geschäftspolitik von EADS bekommen.